

Professor Andreas Bieler,¹
School of Politics and International Relations,
University of Nottingham,
UK-Nottingham NG7 2RD,
E-mail: Andreas.Bieler@nottingham.ac.uk
Personal website: <http://www.nottingham.ac.uk/~ldzab>

5. Mai 2009

Gewerkschaften, Soziale Bewegungen und Europa: neue Strategien für neue Herausforderungen in Zeiten der Globalisierung?

(Vortrag für die Konferenz *Ein Anderes Europa Schaffen! Vorschläge für ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa*; Wien, 5. Mai 2009.)

Einleitung

Seit Anfang der 70er Jahre hat sich die Internationale Politische Ökonomie drastisch verändert. Die Definition von Globalisierung ist heftig umstritten. Häufig werden jedoch die zunehmende Transnationalisierung der Produktion vieler Industriesektoren, die Integration nationaler Finanzmärkte in einen globalen Finanzmarkt sowie das Herausbilden eines neuen neoliberalen Konsens als Hauptmerkmale hervorgehoben. Es kann daher auch von einer neoliberalen Globalisierung gesprochen werden. War der Sinn und Zweck von Deregulierung und Liberalisierung bereits seit Ende der 90er Jahre heftig umstritten, so hat die derzeitige weltweite Wirtschaftskrise die Entwicklung der letzten 30 bis 40 Jahre noch mehr in Frage gestellt. Dieser Vortrag diskutiert mehrere Thesen in Bezug auf die Konsequenzen der Globalisierung für Gewerkschaften als auch andere Organisationen der Zivilgesellschaft sowie deren Möglichkeiten, die Interessen ihrer

¹ Andreas Bieler ist Professor für Politische Ökonomie und Co-Direktor des Centre for the Study of Social and Global Justice (CSSGJ) in der School of Politics and International Relations an der Universität Nottingham in Großbritannien. Seine Forschung beschäftigt sich vor allem mit dem derzeitigen Kampf um das zukünftige ökonomisch-politische Modell der Europäischen Union. Er ist der Autor von *Globalisation and Enlargement of the European Union: Austrian and Swedish social forces in the struggle over membership* (Routledge, 2000) sowie auch von *The Struggle for a Social Europe: Trade unions and EMU in times of global restructuring* (Manchester University Press, 2006).

Mitglieder und der Gesellschaft im Allgemeinen in dieser neuen Situation, und hier vor allem in Bezug auf die derzeitige Wirtschaftskrise, effektiv zu vertreten.

1. These:

Die Globalisierung hat die Gewerkschaften zunehmend in die Defensive gezwungen und ihre traditionelle Möglichkeiten Politik zu beeinflussen sowie ihre Macht innerhalb der Gesellschaft untergraben.

Zwei Hauptmerkmale der Globalisierung sind aus gewerkschaftlicher Sicht besonders wichtig: Zum einen führt die transnationale Organisation der Produktion zu einem direkten Lohnwettbewerb zwischen ArbeiterInnen in unterschiedlichen Ländern. Die Globalisierung bringt daher die Gefahr mit sich, dass verschiedene nationale Arbeiterbewegungen versuchen, sich gegenseitig zu unterbieten. Das ist zwischen ArbeiterInnen in Nord und Süd der Fall, aber auch innerhalb Europas, wo die Löhne im Osten eindeutig niedriger sind als im Westen. Während nationale Gewerkschaften in der Nachkriegszeit den Lohnwettbewerb auf nationaler Ebene unterbinden konnten, stehen sie diesen Entwicklungen auf internationaler Ebene oft machtlos gegenüber. Zum anderen lässt sich ein Trend der zunehmenden Informalisierung der Arbeitsverhältnisse feststellen. Das betrifft in erster Linie die Entwicklungsländer, die nie einen starken Sektor mit festen, unbefristeten Arbeitsverträgen entwickeln konnten. Die Industrialisierung der Landwirtschaft trägt in diesen Ländern dazu bei, dass immer mehr Bauern, die ihr Land verloren haben bzw. einfach enteignet wurden, die Menge der Immigranten in den Slums der Großstädte oder in den Ländern des Nordens vergrößern – siehe hier die Entwicklung an der mexikanisch-amerikanischen Grenze. Gleichzeitig betrifft die Informalisierung aber auch immer mehr Länder im entwickelten Norden, wo

soziale Errungenschaften der Nachkriegszeit mit dem Argument untergraben werden, man müsse flexibler produzieren können, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die zunehmende Informalisierung der Arbeitsverhältnisse führt erstens zu einer Konkurrenz zwischen fest angestellten ArbeiterInnen auf der einen Seite und ArbeiterInnen in atypischen Arbeitsverhältnissen auf der anderen. Das Problem für Gewerkschaften ist, dass es meist viel schwieriger ist, in informellen Sektoren neue Mitglieder zu rekrutieren, da die Arbeitsverhältnisse kürzer und weniger stabil sind. Es ist kein Wunder, dass Gewerkschaften weltweit, aber vor allem auch in Europa, zunehmend Mitglieder verloren haben. Zudem ergibt sich die Gefahr, dass Gewerkschaften, die sich auf die Vertretung der Kernarbeiterschaft konzentrieren, zu einer Lobby der Arbeiteraristokratie werden.

Eine weitere Herausforderung ergibt sich speziell auf europäischer Ebene. Der europäische Binnenmarkt ermöglicht es für ausländische Firmen, mit ihren eigenen ArbeiterInnen in ein anderes Mitgliedsland der EU zu kommen, um dort Aufträge auszuführen. Auch dies bringt die Gefahr mit sich, dass ArbeiterInnen verschiedener Länder gegeneinander ausgespielt werden. Man denke hier nur an den jüngsten Fall, als eine italienische Firma mit ArbeiterInnen aus Italien und Portugal nach Lindsey in Großbritannien kam, um an der dortigen Raffinerie Arbeiten auszuführen, ohne dabei britische ArbeiterInnen zu beschäftigen. Die Gefahr für Gewerkschaften ist es, in eine nationalistische Position getrieben zu werden und britische Arbeitsplätze für britische ArbeiterInnen zu fordern. Dabei wird übersehen, dass es aller Wahrscheinlichkeit nach auch die italienischen und portugiesischen ArbeiterInnen bevorzugt hätten, in der Nähe ihrer Heimat Arbeit zu finden. Doch auch dort herrscht Konkurrenz, unter anderem auch durch ArbeiterInnen aus anderen EU Ländern.

2. These:

Die überwiegend nationale Organisation der Gewerkschaften ist nicht mehr dafür geeignet, den neuen Herausforderungen aktiv zu begegnen.

Obige Beispiele machen bereits deutlich, dass die überwiegend nationale Organisation der Gewerkschaften, historisch bedingt durch die Entwicklung des Kapitalismus innerhalb der politischen Struktur von Nationalstaaten, den neuen Herausforderung nicht mehr gewachsen ist. Lohnwettbewerbe zwischen ArbeiterInnen unterschiedlicher Länder können von nationalen Gewerkschaften nicht unterbunden werden. Das gilt natürlich auch für die spezielle europäische Situation, in der britische ArbeiterInnen in anderen EU Ländern arbeiten, während wie in Lindsey ArbeiterInnen aus Italien und Portugal nach Großbritannien zum Arbeiten kommen. Und dennoch versuchen Gewerkschaften immer noch, vor allem auf nationaler Ebene, auf die Politik Einfluss zu nehmen. Das ist vor allem bei sogenannten Sozialpakten zwischen Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und dem Staat zu sehen. In der Nachkriegszeit waren diese korporatistischen Institutionen auf nationaler Ebene sehr erfolgreich und haben in einer Situation der Vollbeschäftigung in Bezug auf höhere Löhne zu deutlichen Gewinnen für ArbeiterInnen geführt, aber auch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates gefördert. Die Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft Österreichs ist hier ein wichtiges Beispiel. Allerdings ist es fraglich, inwiefern diese Strategie der neuen Situation innerhalb der Globalisierung noch angemessen ist. Arbeitgeberverbände haben Zugeständnisse nicht aus Großmütigkeit gemacht. Es war vor allem die strukturelle und organisatorische Macht der Gewerkschaften innerhalb der Gesellschaft, die die Arbeitgeber dazu zwang, bessere Arbeitsbedingungen anzubieten. Vor allem die Waffe des Streikes war ein effektives Drohmittel in Zeiten der Vollbeschäftigung. Das Beispiel Österreich macht dies besonders deutlich. Zum einen

war ein Großteil der Industriebetriebe in Staatsbesitz. Zum anderen, war ein großer Teil des österreichischen Marktes, und hier vor allem die Landwirtschaft und die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, stark reguliert und gegen ausländische Konkurrenz geschützt. In dieser Situation war vor allem das Privatkapital des Klein- und Mittelstandes eher schwach. In vielen Ländern haben die Gewerkschaften seither jedoch an struktureller Macht innerhalb der Gesellschaft verloren, gerade auch wegen der Transnationalisierung der Produktionsstrukturen, die es den Arbeitgebern zunehmend ermöglicht, nationale Beschränkungen zu umgehen. In Österreich hat vor allem die Privatisierung nationaler Betriebe in den 80er und 90er Jahren sowie die Deregulierung der geschützten Sektoren im Zuge des EU Beitritts dazu geführt, dass die Arbeitgeber gegenüber den Gewerkschaften an Macht gewonnen haben. Insgesamt bedeutet dies dann wiederum, dass eine ausschließlich nationale Strategie, selbst wenn sie Übereinkommen mit der Regierung und Arbeitgebern beinhaltet, in Zeiten der Globalisierung eher weniger erfolgreich sein wird, da das Gleichgewicht der Kräfte zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften auf nationaler Ebene verloren gegangen ist.

3. These:

Die Decent Work Campaign des IGB ist keine geeignete internationale Alternative.

Seit dem Weltsozialforum in Nairobi/Kenia im Jahr 2007 betreibt der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB), unterstützt vom europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und NGOs wie Solidar eine Kampagne für Decent Work. Ziel ist es, durch Verhandlungen mit internationalen Organisationen wie der WTO gleichen Zugang zu Arbeit, angemessene, lebensfähige Löhne, sozialen Schutz gegen Ausbeutung und

Gewerkschaftsrechte für alle zu erreichen. Letztlich ist diese Kampagne für Decent Work ein Versuch, das sozialpartnerschaftliche Modell der Industrieländer der Nachkriegszeit auf die internationale Ebene auszuweiten. Bedenkt man jedoch, dass auf internationaler Ebene der Machtunterschied zwischen Gewerkschaften und den Arbeitgebern noch größer ist als auf nationaler Ebene, so ist es mehr als fraglich, ob diese Strategie je Aussicht auf Erfolg haben kann. Dabei muss auch bedacht werden, dass Decent Work Klauseln, die Teil internationaler Handelsverträge werden, lediglich auf feste Arbeitsplätze eine Auswirkung haben können. Die Großzahl der ArbeiterInnen, die in dem informellen Sektor in den Entwicklungsländern arbeiten, werden damit überhaupt nicht erreicht. Schließlich darf auch nicht vergessen werden, dass diese Strategie ursprünglich von der ILO konzipiert wurde und daher nie eine reine Gewerkschaftsinitiative war.

4. These:

Internationale Kooperation und Bündnisse mit neuen sozialen Bewegungen sind mögliche Kernelemente einer neuen Strategie.

Ist es erst einmal akzeptiert, dass die nationale Ebene für Gewerkschaften nicht mehr der geeignete Aktionsraum in Zeiten der Globalisierung ist, so ergibt sich zuerst einmal die Notwendigkeit, stärker mit Gewerkschaften anderer Länder zu kooperieren. Bestehende internationale Gewerkschaftsorganisationen wie der EGB sind dabei hilfreich, können alleine aber nicht ausreichen. Zu oft ist der EGB in die Lobbystrukturen der EU eingebunden, so dass die Frage der Machtkonstellation zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern auf europäischer Ebene nicht gestellt werden kann. Hilfreicher könnten

bilaterale Kooperationen sein, die sich konkret auf Lohnentwicklungen in spezifischen Branchen beziehen, um damit direkt dem Lohnwettbewerb entgegenzutreten.

Weiterhin wird es für Gewerkschaften wichtig sein zu akzeptieren, dass andere Organisationen, wie z.B. neue soziale Bewegungen, eventuell eher in der Lage sind, ArbeiterInnen im informellen Sektor zu organisieren. Streetnet International, das sich z.B. auf die Organisation von StraßenverkäuferInnen in Afrika konzentriert, ist da ein gutes Beispiel. Anstatt diese Organisationen dann als mögliche Konkurrenz zu sehen, wäre es für Gewerkschaften wichtig, sich für die Kooperation mit diesen Organisationen zu öffnen. Dies bedeutet natürlich auch, dass die Definition von Arbeit erweitert werden muss, damit z.B. StraßenverkäuferInnen überhaupt in die Überlegungen miteinbezogen werden können. Darüber hinaus ist Arbeit auch nicht nur die Produktion von Gütern, sondern sollte auch auf Tätigkeiten im Haushalt und in der Altersversorgung ausgeweitet werden. Deshalb können auch nicht nur Rechte am Arbeitsplatz im Vordergrund stehen. Gewerkschaften sollten auch verstärkt Rechte im weiteren sozialen Umfeld fordern, auf die dann Bewegungen innerhalb der Zivilgesellschaft reagieren können. Gewerkschaften, die z.B. das Recht auf Zugang zu Trinkwasser und akzeptables Wohnen auf ihre Fahnen schreiben, können für Organisationen in diesen Bereichen interessant sein. Die Verbindung von sozialen und ökologischen Dimensionen ist natürlich nicht einfach. Während Gewerkschaften oft eine Unterstützung der Automobilindustrie und den Ausbau der Kernenergie befürworten, da dies Arbeitsplätze garantiere, versuchen Umweltorganisationen diese Entwicklungen eher zu verhindern. Eine Gewerkschaftsstrategie, die einen Ausbau alternativer Energieressourcen sowie die

Entwicklung umweltfreundlicherer Autos fordert, könnte dazu beitragen, diese Spannungen zwischen Gewerkschaften und Umweltverbänden zu bewältigen.

5. These:

Auch soziale Bewegungen/NGOs sind durch die Globalisierung herausgefordert und müssen sich Gewerkschaften gegenüber öffnen, um ihre Anliegen besser vertreten zu können.

Die Konsequenzen der Globalisierung für Gewerkschaften sind bereits oben diskutiert worden. Auch andere Organisationen der Zivilgesellschaft wie neue soziale Bewegungen und NGOs sind von der Globalisierung betroffen. Sie hat die Ausbeutung und das Prinzip der Gewinnmaximierung zunehmend auf das Gebiet der sozialen Reproduktion ausgeweitet. Ganz konkret bedeutet dies eine sich beschleunigende Zerstörung der Umwelt sowie Rationalisierungen und Kürzungen in Bereichen wie Bildung, Gesundheits- und Altersversorgung. Kämpfe gegen diese Entwicklungen bedeuten genauso Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung wie auch z.B. der Kampf von Gewerkschaften gegen eine Liberalisierung des Arbeitsmarktes. Es ist bereits ausgeführt worden, dass sich Gewerkschaften sozialen Bewegungen öffnen müssen, um die Basis des Widerstandes zu vergrößern. Das gleiche gilt auch für neue soziale Bewegungen und NGOs.

Zwischen 2000 und 2003 formierte sich auf europäischer Ebene die sogenannte Coalition for Green and Social Procurement, die sich aus Umweltverbänden, sozialen NGOs und Gewerkschaften zusammensetzte. Ziel dieser Koalition war es, neue Gesetzesvorschläge der Kommission dahingehend abzuändern, dass öffentliche Auftraggeber bei der Vergabe von Verträgen nicht nur auf die Kosten, sondern auch auf

grüne und soziale Kriterien Rücksicht nehmen können, wenn sie die einzelnen Angebote unterschiedlicher privater Unternehmen bewerten. Diese Koalition schaffte es, einen gemeinsamen Forderungskatalog sowie eine Lobbyismus-Kampagne zu organisieren. Bei genauerer Betrachtung stellte sich jedoch heraus, dass sich die beteiligten Umweltverbände wie z.B. der WWF lediglich auf spezifische Umweltkriterien konzentrierten, ohne dass sie die Anliegen der Gewerkschaften bezüglich der Arbeitsbedingungen für ArbeitnehmerInnen unterstützt hätten. Auch sahen sie die Koalition nicht als eine Strategie, den neoliberalen Kurs der EU im Allgemeinen zu kritisieren. Dies untergrub nicht nur die langzeitige Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, es wurde auch das Kernproblem übersehen, das hinter den ursprünglichen Vorschlägen der EU stand, also der grundlegende neoliberale Kurs der EU. Eine derartig Issuespezifische Politik verringert jedoch die allgemeinen Chancen, eine weitere neoliberale Umstrukturierung zu verhindern. Auch bringt es wenig, z.B. einzelne Kürzungen in der Gesundheitsversorgung zu bekämpfen, ohne sich an umfassenderen Kämpfen gegen den Neoliberalismus zu beteiligen. Es besteht also die Frage, inwiefern soziale Bewegungen und NGOs dazu bereit sind, sich über ihre eigenen Einzelanliegen hinaus gemeinsam mit Gewerkschaften dem Neoliberalismus entgegenzustellen und inwieweit sie dazu offen sind, ihre Forderungen im Bereich des Umweltschutzes und der Sozialversorgung mit gewerkschaftlichen Sorgen um gute Arbeitsbedingungen und den Erhalt von Arbeitsplätzen zu verbinden.

6. These:

Die EU bietet eine mögliche Aktionsebene für neue Strategien innerhalb der globalen Wirtschaft.

Dank den über Jahrzehnte hinweg entwickelten Formen der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene bietet die EU eine mögliche Aktionsebene. Ein gemeinsames Konjunkturprogramm, das nationale Bemühungen koordiniert, könnte ein erster Schritt sein. Um zu garantieren, dass die Finanzierung dieses Programms nicht nur von ArbeitnehmerInnen geleistet wird, könnte auch eine zusätzliche Besteuerung transnationaler Konzerne eingeführt werden. Diese Konzerne sind häufig die Hauptgewinner des gemeinsamen Marktes und sollten deshalb auch ihren Beitrag zur Überwindung der Wirtschaftskrise leisten. Um ein derartiges Programm jedoch überhaupt denkbar zu machen, muss auch die gegenwärtige Struktur der EU erst einmal hinterfragt werden. Das derzeitige Staatsprojekt der EU ist eindeutig vom Neoliberalismus geprägt. Ob gemeinsamer Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion, Lissabon Strategie oder aber auch europäische Außenhandelspolitik, neoliberales Gedankengut wie Preisstabilität, Deregulierung, Liberalisierung und Wettbewerbsfähigkeit sind die Hauptprinzipien. Darüber hinaus sind Gewerkschaften und soziale Bewegungen innerhalb des Institutionengefüges der EU kaum in der Lage, individuelle Gesetzesvorschläge zu beeinflussen. Der Europäischen Rat und der Ministerrat sind mehr oder weniger außerhalb des Einflussbereiches dieser Organisationen. Zwar besteht ein guter Zugang zur Generaldirektion für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten, Chancengleichheit oder auch zur Umwelt-Generaldirektion, innerhalb der Kommission sind diese Generaldirektionen jedoch eher zweitrangig und stehen hinter anderen Generaldirektionen wie etwa der des Binnenmarktes und der Dienstleistungen an Einfluss

zurück. Schließlich gibt es gute Kontakte zum Europäischen Parlament und hier insbesondere zur Sozialdemokratischen Fraktion. Insgesamt darf aber die Bedeutung des Parlamentes im Entscheidungsprozess vis-à-vis des Ministerrates nicht überbewertet werden. Diese strukturelle Benachteiligung innerhalb der EU darf für Gewerkschaften und andere Organisationen der Zivilgesellschaft nicht heißen, dass Europa für gemeinsame Strategien ungeeignet ist. Jedoch bedeutet es, dass ein reines Ausrichten auf Lobbyismus innerhalb der institutionellen Strukturen der EU nie und nimmer ausreichen kann. Leider konzentrieren sich Gewerkschaften, soziale Bewegungen und NGOs nach wie vor fast ausschließlich auf Lobbyismus bei EU Institutionen und hier vor allem auf das Parlament. So war die oben erwähnte Coalition for Green and Social Procurement letztlich wenig erfolgreich, da sie es versäumte, auch innerhalb der Gesellschaft zu mobilisieren und eine eigene, alternative Vision für den öffentlichen Sektor zu entwickeln, die der allgemeinen Neoliberalisierung hätte entgegengesetzt werden können. Fast alle Aktivitäten der Koalition beschränkten sich auf die Ebene der Eliten in Brüssel. Die Frage ist also, ob Gewerkschaften wie auch andere Organisationen der Zivilgesellschaft in der Lage sein werden, ein alternatives Projekt auf europäischer Ebene zu entwickeln, das breitere Massen außerhalb der EU Institutionen mobilisieren kann. Die Europäischen Sozialforen schienen einen Schritt in diese Richtung zu sein, ihr weiterer Nutzen ist derzeit allerdings heftig umstritten.

7. These:

Es besteht die Notwendigkeit, einen neuen, alternativen Wirtschaftsdiskurs zu entwickeln.

Schließlich besteht die Notwendigkeit einen neuen Wirtschaftsdiskurs zu entwickeln und zu führen, der Alternativen zum Neoliberalismus bietet und dabei auch zur Basis neuer Allianzen werden kann. Auf Grund der globalen Wirtschaftskrise, die durch Probleme im Bankenbereich ausgelöst wurde, ist es zur Zeit akzeptabel, über eine genauere Regulierung des globalen Finanzmarktes zu diskutieren. Alle anderen Bereiche jedoch, ob es die internationale Handelspolitik oder Arbeitsmärkte betrifft, sollen nach wie vor dereguliert und liberalisiert werden. Hier hat sich wenig am neoliberalen Diskurs geändert, obwohl es ja gerade die Deregulierungen im Finanzbereich waren, die letztlich zu den immer riskanteren Investitionen geführt hatten. Sobald man erwähnt, dass es doch z.B. nicht effizient sein kann, wenn englische ArbeiterInnen auf dem Kontinent arbeiten, während Portugiesen und Italiener nach England kommen und man vorschlägt, die Arbeitsmärkte dementsprechend zu regulieren, wird einem Protektionismus vorgeworfen. Gewerkschaften hätten hier zusammen mit anderen die Möglichkeit, eine Diskussion zu entfachen, die es möglich macht, das gesamte Spektrum des Neoliberalismus kritisch zu hinterfragen. Das sollte eine Reregulierung des Arbeitsmarktes zu Gunsten von ArbeiterInnen wie auch eine mögliche Einschränkung des Freihandels beinhalten. Kurz gesagt, alle Grundlagen unserer gegenwärtigen Weltwirtschaft sollten wieder diskutiert werden und das mit einer breiteren Beteiligung. Die Regierungen der 20 wichtigsten Staaten reichen hier nicht aus.

Viele Länder investieren zur Zeit riesige Summen an Steuergeldern in die Wirtschaft, um Banken und das Finanzwesen zu retten. Es sind wieder einmal die ArbeiterInnen, die über ihre Steuerzahlungen für die Fehler von Unternehmen bezahlen müssen. Wenn über neue Wirtschaftsmodelle diskutiert wird, dann könnte dies auch der Zeitpunkt für Gewerkschaften sein, die Diskussion über Demokratie am Arbeitsplatz neu zu entfachen. Ein wichtiger Schritt zur Transformation des gegenwärtigen Systems könnte das Recht für ArbeiterInnen sein mitzuentcheiden, was wie produziert und wie ein Unternehmen an sich organisiert wird. Diese Demokratisierung des Produktionsprozesses könnte auch zu einer gerechteren Verteilung des erwirtschafteten Gewinnes führen.

Zusammenfassung

Nach wie vor zeichnet sich der Kapitalismus deutlich durch eine gemeinsame aber ungleiche Entwicklung aus (combined but uneven development). Daher ist es nicht verwunderlich, dass ArbeiterInnen in unterschiedlichen Ländern auf verschiedene Art und Weise von der Krise betroffen sind. Die Herausforderung der Gewerkschaften wird es sein, trotz dieses Ungleichgewichts zu der Entwicklung einer transnationalen Solidarität beizutragen. Eine Konzentration nur auf Gewerkschaften und die nationale Ebene wird dabei nicht ausreichen. Um dem transnationalen Kapital effektiver entgegenzutreten zu können, ist eine stärkere Kooperation auf internationaler Ebene sowie die Zusammenarbeit mit anderen sozialen Bewegungen verstärkt gefordert. Dies kann jedoch nur erfolgen, wenn sich auch letztere Gewerkschaften gegenüber öffnen und deren Anliegen in ihre eigenen Forderungen mit aufnehmen. Europa kann eine mögliche

Aktionsebene für diese Bemühungen sein. Allerdings sollte eine derartige Strategie auf einem alternativen Projekt zum Neoliberalismus beruhen und sich auf eine breitere Mobilisierung außerhalb der EU Institutionen konzentrieren.